



Wieder
nach
vorne



Erstellt mit Adobe FireFly KI



Wertschätzung durch Wertschöpfung

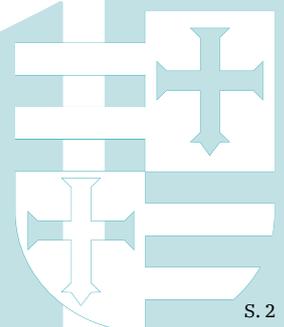
Leitantrag zum Landesparteitag 2025

Erarbeitet für den Landesvorstand durch:
Christel Bartelmei, Tjark Waculik

1 Das Oldenburger Land steht vor einem historischen Wandel. Die Energiewende verändert
2 nicht nur unsere Stromversorgung – sie ist ein tiefgreifender Strukturwandel für unsere
3 Region und unsere Wirtschaft. Als CDU im Landesverband Oldenburg sehen wir in dieser
4 Transformation nicht nur technische Herausforderungen, sondern vor allem große
5 Chancen für Wertschöpfung vor Ort: durch neue Arbeitsplätze, durch Investitionen in
6 Infrastruktur und Innovation, durch eine zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschaft. Auch
7 hier gilt: Industrie folgt Energie.

8 Doch wirtschaftliche Dynamik allein reicht nicht aus. Damit die Energiewende gelingt,
9 braucht es Akzeptanz, Vertrauen und das Gefühl, dass sich Wandel vor unserer Haustür
10 lohnt. Unsere Überzeugung ist: Wo Wertschöpfung entsteht, muss auch Wertschätzung
11 spürbar sein – für die Menschen, die die Veränderung (er)tragen, für die Kommunen, die
12 Flächen bereitstellen, und für all jene, die Verantwortung übernehmen. Wertschätzung
13 durch Wertschöpfung – das ist unser Leitgedanke für eine Politik, die nicht über Köpfe
14 hinweg agiert, sondern gemeinsam mit den Menschen vor Ort gestaltet wird.

15 Mit diesem Leitantrag setzen wir als CDU im Landesverband Oldenburg ein Signal: Wir
16 wollen die Energiewende nutzen, um unsere Region zu stärken – ökonomisch, ökologisch
17 und gesellschaftlich. Wir stehen für eine Politik, die die Chancen der Zukunft erkennt,
18 Heimat bewahrt und den Menschen in den Mittelpunkt stellt.



19 Knotenpunkt der Transformation: Das Oldenburger Land als 20 Energiedrehscheibe

21 Das Oldenburger Land ist eine der zentralen Drehscheiben der europäischen Energiewende.
22 Mit einer hohen Dichte an Windenergieanlagen, bedeutender Netzinfrastruktur, großen
23 Erzeugungskapazitäten und seiner Nähe zur Nordsee spielt die Region eine Schlüsselrolle
24 für die klimaneutrale Energieversorgung Deutschlands. Hier bündeln sich Erzeugung,
25 Transport und Transformation – und damit die Lasten und Chancen der Energiewende.

26 Gleichzeitig bietet die Region enormes Potenzial für neue industrielle Wertschöpfung: Wo
27 künftig grüne Energie im Überfluss verfügbar ist, entstehen attraktive Voraussetzungen für
28 die Ansiedlung energieintensiver Betriebe, Wasserstoffwirtschaft, innovative und neue
29 Geschäftsmodelle sowie klimaneutrale Produktionsstandorte. Damit wird das Oldenburger
30 Land nicht nur Energiequelle, sondern auch Zukunftsstandort.

31

32 Wer mehr leistet, darf nicht draufzahlen

33 Wer die Energiewende vor Ort ermöglicht, darf daraus keinen strukturellen Nachteil
34 erfahren. Einspeisestarke Regionen wie der Nordwesten übernehmen zentrale Aufgaben für
35 die bundesweite Versorgungssicherheit in einem europäischen Netz – und sehen sich dabei
36 zugleich mit unverhältnismäßigen Belastungen konfrontiert. Die derzeitige
37 Netzentgeltsystematik führt dazu, dass diese Regionen besonders stark finanziell belastet
38 werden. Eine fairere, solidarischere Verteilung der Netzentgelte ist überfällig, um
39 Investitionen in nachgelagerte Wertschöpfung nicht auszubremesen.

40 Auch im Umgang mit Redispatch-Mengen (bspw. an der Windkraftanlage abgeregelter
41 Strom durch Netzengpassausgleich) braucht es neue Lösungen. Statt wertvollen Windstrom
42 ungenutzt zu lassen, sollte seine lokale Nutzung rechtlich ermöglicht werden – etwa durch
43 die direkte Verwendung in Elektrolyseuren zur Wasserstofferzeugung. Dazu ist eine
44 Erweiterung der Regelungen des § 13 EnWG (Engpassmanagement) erforderlich, um

45 Redispatch-Strom nicht nur bilanziell, sondern physisch vor Ort verfügbar zu machen.
46 Perspektivisch sollte eine ergänzende Regelung im EnWG geschaffen werden, die die lokale
47 energetische Nutzung in Power-to-X-Anwendungen (Umwandlung von Strom in andere
48 Energieformen wie Wasserstoff, Wärme oder synthetische Kraftstoffe) ausdrücklich zulässt
49 – unter Einhaltung klarer netzdienlicher Kriterien. Ferner setzen wir uns für den Aufbau
50 lokaler Flexibilitätsmärkte (Börsenähnliche Plattformen für das Anbieten und Nachfragen
51 steuerbarer Stromverbräuche und -erzeugung) ein.

52 Einen weiteren Hebel sehen wir in der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren –
53 insbesondere im Bereich von Ausgleichsflächen beim Leitungsbau.

54 Die niedersächsische Landesregierung hat 2020 bei den IHKN eine Clearingstelle
55 eingerichtet, die Gesetzes- und Verordnungsvorhaben auf bürokratischen Aufwand hin
56 untersuchen soll.

57 Dies scheitert aber oft an fehlender Verbindlichkeit, personeller Unterbesetzung und
58 mangelnder Einbindung in laufende Verfahren. Ihre Empfehlungen bleiben unverbindlich,
59 und es fehlt an klaren Schnittstellen zu Bundesbehörden.

60 Wir fordern daher:

- 61 • eine frühzeitige und gesetzlich verankerte Einbindung in relevante Verfahren,
- 62 • eine personelle und fachliche Stärkung,
- 63 • verbindlichere Wirkung ihrer Empfehlungen,
- 64 • klare Zuständigkeiten und Fristen,
- 65 • sowie eine bessere Koordination mit Bundesstellen wie der Bundesnetzagentur.

66 Nur so kann die Clearingstelle effektiv zur Beschleunigung zentraler Infrastrukturprojekte
67 beitragen.

68 In besonders durch den Netzausbau belasteten Regionen sollen außerdem
69 landwirtschaftliche Flächen nicht zusätzlich durch Ausgleichsflächen verloren gehen.

70 Landesweite Flächenpools, digitale Planungsinstrumente und einheitliche Standards
71 können hier Genehmigungen beschleunigen, ohne den Naturschutz zu schwächen. Wer
72 Regionen zur Verantwortung zieht, muss ihnen auch mit verlässlichen
73 Rahmenbedingungen entgegenkommen.

74 **Gewerbsteuer dort erheben, wo Transformation stattfindet**

75 Insbesondere bei neuen Technologien wie Wasserstoff-Elektrolyseuren muss ebenfalls
76 sichergestellt werden, dass die anfallenden Gewerbesteuern am Standort der Erzeugung
77 verbleiben, wie es bereits bei Wind- und Solarenergieanlagen geregelt ist. Nur so profitieren
78 die Kommunen, die Flächen bereitstellen und Infrastruktur vorhalten, auch finanziell vom
79 Ausbau.

80 Daher fordern wir, dass bei großen Energieinfrastrukturprojekten künftig zwingend lokal
81 ansässige Betriebsgesellschaften gegründet werden müssen. Diese Standortgesellschaften
82 sollen:

- 83 • als juristische Einheit vor Ort firmieren,
- 84 • ihren steuerlichen Sitz in der Standortkommune haben und
- 85 • in der Regel den operativen Betrieb und die Erzeugung verantworten.

86 Nur so kann sichergestellt werden, dass die kommunale Daseinsvorsorge durch
87 Gewerbesteuereinnahmen gestärkt wird und die Akzeptanz der Bevölkerung für neue
88 Energieprojekte erhalten bleibt.

89

90 Energiewende lohnend machen – Bürger direkt beteiligen

91 Damit Bürgerinnen und Bürger nicht nur die Lasten, sondern auch die finanziellen Chancen der
92 Energiewende spürbar erleben, sollen Modelle entwickelt werden, um sie direkt an
93 Energieinfrastrukturprojekten zu beteiligen. Ein Beispiel wären projektbezogene, festverzinsten Anleihen, mit
94 denen sich Einwohner gezielt an Vorhaben der Energieinfrastruktur im eigenen Umfeld beteiligen können.
95 Die Verzinsung dieser Anleihen orientiert sich an der von der Bundesnetzagentur festgelegten
96 Eigenkapitalverzinsung, die für regulierte Infrastrukturprojekte eine verlässliche und auskömmliche Rendite
97 garantiert. So entsteht ein direkter finanzieller Mehrwert für die Bevölkerung – durch gesicherte Einnahmen,
98 regionale Bindung und die Möglichkeit, vom Ausbau der Energieinfrastruktur unmittelbar zu profitieren. Wer
99 die Energiewende mitträgt, soll auch konkret davon profitieren können.

100 Wir unterstützen ebenso die Vorhaben, die Bürgerinnen und Bürger zu aktiven
101 Mitgestaltern der Energiewende machen, wie die Bildung von Energiegenossenschaften und
102 begrüßen, dass im Koalitionsvertrag der Bundesregierung das Energy Sharing – also die
103 gemeinschaftliche Nutzung von lokal erzeugtem Strom durch Bürger-
104 Energiegemeinschaften – vorangebracht werden soll. Wichtig sind dabei Rechtssicherheit,
105 netztechnische Integration und faire Netzentgeltregelungen. Durch Bürokratieabbau, ein
106 verschlanktes Planungsrecht und die zunehmende Digitalisierung der Energiesysteme soll
107 ein vereinfachter Marktzugang für private Akteure ermöglicht werden.

108 Flexibilität stärken für ein vernetztes Energiesystem

109 Um Versorgungssicherheit und Resilienz sowie Klimaschutz und bezahlbare Energie
110 langfristig in Einklang zu bringen, braucht es einen technologieoffenen und pragmatischen
111 Transformationspfad. Steuerbare erneuerbare Energien wie Biogas müssen daher auch
112 künftig als flexible Reserve in der Stromerzeugung erhalten bleiben, um wetterbedingte
113 Schwankungen auszugleichen und die Stabilität der Netze zu sichern. Gleichzeitig ist die
114 Sektorenkopplung – also die intelligente Verknüpfung von Strom, Wärme, Mobilität und
115 Industrie – gezielt auszubauen, damit erneuerbare Energien umfassend genutzt werden
116 können. Die Verfügbarkeit von Wind- und Solarstrom muss frühzeitig in die Raum-, Netz-
117 und Infrastrukturplanung einfließen. Planungsverfahren sind zu verschlanken, Prozesse zu

118 bündeln und die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Kommunen und
119 Netzbetreibern verbindlicher zu regeln. Erneuerbare Energien müssen dort entstehen
120 können, wo Akzeptanz und Effizienz gegeben sind. Kostenvorteile sind transparent zu
121 machen, um Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen stärker von der Energiewende
122 profitieren zu lassen.

123 **Infrastruktur und Wasserstoff als Zukunftsfaktoren**

124 Mit dem Net Zero Industry Act setzt Europa ein industriepolitisches Signal für
125 klimaneutrale Wertschöpfung und technologische Souveränität. Doch dieser Anspruch
126 bleibt wirkungslos, wenn er nicht in den Regionen ankommt, die heute schon zentrale
127 Lasten der Transformation schultern – sei es durch Netzinfrastruktur, Erzeugung
128 erneuerbarer Energien oder energieintensive Industrie. Damit ambitionierte Ziele nicht an
129 der Realität vor Ort scheitern, braucht es gezielte Standortvorteile, entschlackte
130 Genehmigungsverfahren und den beschleunigten Ausbau der nötigen Infrastruktur. Nur so
131 wird aus politischem Willen konkrete Perspektive.

132 Die Energiewende darf nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden werden – sie
133 braucht politische Gestaltung, die regionale Interessen ernst nimmt und Beteiligung sichert.
134 Wer den Ausbau der Infrastruktur einfordert, muss auch für faire Rahmenbedingungen
135 sorgen: durch gesetzlich abgesicherte Teilhabe an Steuereinnahmen, klare
136 Entschädigungsregeln sowie besser abgestimmte und dynamisch weiterentwickelte
137 Planungsprozesse. So entsteht Vertrauen, das die Basis für eine erfolgreiche
138 Transformation bildet.

139 **Netzentwicklung ganzheitlich denken**

140 Die aktuellen Netzentwicklungspläne sind in ihrer Taktung und Methodik oft zu träge für die
141 dynamische Entwicklung der Energiewirtschaft. Es braucht eine regelmäßigeren und
142 dynamischere Fortschreibung, um schneller auf neue Bedarfe, technologische
143 Entwicklungen und regionale Herausforderungen reagieren zu können. Wir fordern daher,
144 etwa im Bereich der langfristigen Offshore-Ausbauziele, die Planungen der Überlandnetze
145 zu präzisieren und Knotenpunkte in stark belasteten Korridoren zu identifizieren und
146 sinnvoll zu überplanen. Durch Speicherlösungen oder regionale Abnahmemöglichkeiten
147 eines volatilen Stromangebotes soll eine zu große Dimensionierung vermieden werden.

148 Außerdem dürfen Kommunen, die den Ausbau der Stromnetze durch ihre Flächen und ihre
149 Zustimmung ermöglichen, mit den Folgen nicht allein gelassen werden. Daher sollen nach

150 dem Vorbild des § 6 EEG 2023 für Windenergie an Land und Photovoltaik-
151 Freiflächenanlagen Kommunen, die durch Netzausbauvorhaben belastet sind, einen
152 gesetzlich geregelten Anspruch auf eine Beteiligung an den Erlösen oder Projektumsätzen
153 erhalten. Dies schafft Anreize für Kooperation, stärkt die lokale Akzeptanz und sorgt dafür,
154 dass infrastrukturelle Verantwortung auch mit konkretem Nutzen vor Ort verbunden ist.

155 Insbesondere bei der Erdverkabelung, die in dicht besiedelten oder ökologisch sensiblen
156 Regionen oft bevorzugt wird, ist außerdem eine effiziente Bündelung von Planungen
157 notwendig. Verschiedene Vorhaben des Trassenbaus sollten aufeinander abgestimmt und,
158 wo möglich, gemeinsam geplant und realisiert werden. Dies spart Ressourcen, reduziert
159 Belastungen für Anwohner und beschleunigt Genehmigungsverfahren. Kommunale
160 Planungsbehörden sollen künftig eigenständig mögliche Synergieeffekte anstoßen dürfen.

161

162 Speicherstrategien für eine resiliente Energiewende

163 Ein entscheidender Baustein für Versorgungssicherheit und Systemstabilität ist der Ausbau
164 von Stromspeichern. In Regionen, die bereits heute massiv vom Trassen- oder Anlagenbau
165 betroffen sind, soll der Speicherbau bevorzugt realisiert werden. So entsteht nicht nur ein
166 technischer Ausgleich, sondern auch ein Zeichen konkreter Investition vor Ort.

167 Die Energiewende bringt dabei aber ein zunehmend volatiles Stromangebot mit sich. Um
168 dennoch Versorgungssicherheit, Netzstabilität und wirtschaftliche Effizienz zu
169 gewährleisten, braucht es leistungsfähige Speicherlösungen. Ob Batteriespeicher,
170 Wasserstoffkavernen oder hybride Systeme – sie ermöglichen es, erneuerbare Energie
171 zeitlich zu entkoppeln und bedarfsgerecht nutzbar zu machen.

172 Damit Speichertechnologien ihr volles Potenzial entfalten können, sind geeignete politische
173 Rahmenbedingungen notwendig. Wir setzen uns daher für folgende Maßnahmen ein:

- 174 • **Einführung einer Flexibilitätsprämie für Batteriespeicher**, um deren Einsatz für
175 Systemdienstleistungen gezielt zu fördern;
- 176 • **Reform der Netzentgeltssystematik** durch flexible oder zeitvariable Entgeltmodelle,
177 die Anreize für netzdienlichen Betrieb schaffen;
- 178 • **Beschleunigung von Netzanschlüssen und Genehmigungsverfahren** für
179 Speicherprojekte durch faire, transparente und planbare Allokationsmechanismen
180 sowie einer Verpflichtung zu schnelleren Genehmigungsverfahren;
- 181 • **Staatlich abgesicherte Finanzierung für Wasserstoffspeicher**, insbesondere in der
182 Markthochlaufphase, um Investitionen abzusichern und die nötige Infrastruktur
183 aufzubauen;
- 184 • **Gezielte Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Bereich**
185 **Speichertechnologien** an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Region,
186 um Innovationen zu stärken und praxisnahe Anwendungen voranzubringen.

187 Speicherlösungen sind nicht nur technische Voraussetzung für eine erfolgreiche
188 Energiewende – sie eröffnen auch wirtschaftliche Perspektiven für unsere Region. Deshalb
189 wollen wir den Ausbau dieser Zukunftstechnologie nicht nur begleiten, sondern aktiv
190 gestalten.

191

192 Mit grünem Wasserstoff zur industriellen Stärke

193 Für eine erfolgreiche Transformation muss der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft jetzt
194 konsequent umgesetzt werden. Grüner Wasserstoff wird zum entscheidenden
195 Standortfaktor im internationalen Wettbewerb – besonders für Regionen mit hohem
196 erneuerbarem Potenzial. Damit Nordwestdeutschland dauerhaft von dieser Chance
197 profitiert, braucht es pragmatische regulatorische Anpassungen: Die derzeitigen
198 Strombezugskriterien auf Grundlage der delegierten Verordnung (EU) 2023/1184 zur
199 Ergänzung von Artikel 27 Absatz 3 der EU-Erneuerbaren-Richtlinie (RED II) stellen
200 überzogene Anforderungen an Elektrolyseure – insbesondere durch die Vorgaben zur
201 „Zusätzlichkeit“ (der verwendete Strom muss aus neu gebauten EE-Anlagen stammen) und
202 zur „zeitlichen Korrelation“ (der Stromverbrauch muss nahezu zeitgleich mit der
203 Erzeugung erfolgen). Diese Bedingungen führen zu massiven Mehrkosten und gefährden die
204 Wirtschaftlichkeit vieler Projekte. Modellrechnungen zeigen, dass sich dadurch die
205 Stromkosten für die Elektrolyse um bis zu 88 % erhöhen können – was eine
206 Kostensteigerung von rund 2,40 €/kg Wasserstoff bedeuteten würde. Um Investitionen in
207 Elektrolyseure und Speicherinfrastruktur endlich auszulösen, braucht es noch in diesem
208 Jahr eine Überarbeitung dieser Vorgaben sowie klare Investitionssignale.
209 Wasserstoffspeicher müssen regulatorisch priorisiert und Genehmigungsprozesse
210 beschleunigt werden, um rechtzeitig vor 2030 verfügbar zu sein. Grüner Wasserstoff bildet
211 nicht nur die Grundlage für die industrielle Dekarbonisierung, sondern perspektivisch auch
212 für die Herstellung von E-Fuels für den Verkehrssektor. Deshalb ist eine
213 sektorübergreifende, systemdienliche Nutzung zu fördern – auch durch die Kombination
214 mit Batteriespeichern zur Aufnahme von Überschussstrom aus Redispatch-Maßnahmen.

215 Ziel muss es sein, Wasserstoff dort zu erzeugen, wo er zur Netzstabilität beiträgt, Kosten
216 senkt und einen echten Mehrwert für Region und Industrie schafft.

217 Smart steuern, statt teuer regeln

218 Für ein erneuerbares und zugleich wirtschaftlich stabiles Energiesystem muss der
219 Stromverbrauch stärker an die fluktuierende Erzeugung angepasst werden.
220 Produktionsprozesse in Industrie, Mittelstand und Gewerbe sollten dort, wo es technisch
221 möglich und wirtschaftlich vertretbar ist, durch marktwirtschaftliche Anreize zur zeitlichen
222 Flexibilisierung bewegt werden – etwa durch zeitvariable Netzentgelte, dynamische
223 Stromtarife oder Bonusmodelle für netzdienliches Verhalten. Auch Investitionen in
224 steuerbare Verbraucher und flexible Prozessführung sollten regulatorisch erleichtert und
225 förderfähig ausgestaltet werden. Zudem sollte eine regionale Flexibilitätsstrategie auf den
226 Weg gebracht werden, um gezielt dort steuerbare Lastpotenziale zu aktivieren, wo sie zur
227 Netzstabilität, Kostensenkung und Standortsicherung beitragen können.

228 Darüber hinaus müssen Netze und Energiesysteme insgesamt intelligenter werden. Smart
229 Meter, digitale Laststeuerung und die Integration von Fahrzeugbatterien als flexible
230 Speicher bieten enorme Potenziale, um Angebot und Nachfrage besser zu synchronisieren.
231 Nur durch ein vernetztes, datengestütztes Gesamtsystem kann die Energiewende langfristig
232 effizient, bezahlbar und gesellschaftlich tragfähig gelingen. Das entlastet die Netze,
233 reduziert Redispatch-Kosten und stärkt die Versorgungssicherheit – insbesondere in
234 Regionen mit hoher Erneuerbaren-Einspeisung wie Nordwestdeutschland.

235 Gerade für das Oldenburger Land – vom Dümmer bis zum Nordseestrand – liegt darin eine
236 große Chance: als Modellregion für ein smartes Energiesystem, das Versorgungssicherheit,
237 Klimaschutz und wirtschaftliche Stärke auf beispielhafte Weise verbindet.